

KOMMENTAR

Miese Geschäfte

Von Hans Jörg Ulreich.

Die politische Diskussion rund um das Heumarktprojekt im 1. Wiener Gemeindebezirk zeigt auf, wie kurzfristig in unserem Land politisch mit Raum- und Städteplanung herumgetan wird. Ich bin weder beteiligter Investor noch weiß ich mehr als der durchschnittliche Zeitungsleser, aber mein Wissen reicht absolut aus, um meinem Zorn als österreichischer Bauträgersprecher, als Unternehmer und Bürger ordentlich Luft zu machen!

Wir brauchen sofort eine Neuregelung von Bauverfahren und eine gesetzlich klare Verankerung von Nachverdichtung. In einer Form, dass Beamte eigenständig und nach einem klaren, sachlichen Richtlinienkatalog über Projekte entscheiden können. Damit kommt es nämlich endlich zu einem transparenten und sachlich nachvollziehbaren Entscheidungsprozess. Die österreichische Lösung, sachlich zu diskutieren und am Ende politisch motiviert zu entscheiden, kann sich weder das Land noch ein Unternehmer, auch nicht der größte, leisten!

Das Beispiel Heumarkt zeigt, was sich tagtäglich auch in der Vorstadt – allerdings ohne mediale Begleitmusik – abspielt: Ein Bezirksvorsteher muss hier die Interessen zwischen Unternehmer und Anrainer ausgleichen, immer mit der Prämisse im Hinterkopf, dass die Anrainer gleichzeitig die eigenen Wähler sind. Eine derart wichtige Entscheidung für eine Stadt auf einem derartigen Interessensungleichgewicht aufzubauen ist schlicht skandalös.

Die Praxis gibt meiner Meinung durchaus recht: Im Bezirksparlament wie in der Stadtregierung sind sich ausnahmsweise alle Oppositionsparteien einig. Statt im Interesse der Zukunft zu handeln und sich über mögliche Anrainerproteste hinwegzusetzen, geht hier Parteieninteresse und Wählerstimmengang immer vor. Alle, die nicht in der politischen Verantwortung sind, stimmen in der Regel für die Anrainer und gegen das Projekt. Im ersten Bezirk stimmt man gegen das Großprojekt, hinter dem Gürtel stadtauswärts gegen den Dachgeschoßausbau oder den Balkon.

Dabei ist es eine Tatsache: Österreich steht vor einem Umbruch und vor enormen Herausforderungen. Zuwanderung, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnachfrage steigen rasant. Wir bereiten uns – eher schlecht als recht – auf den anhaltenden Klimawandel vor. Wir sind also zutiefst verpflichtet, Ressourcen so schonend wie möglich zu verwenden. Unser Land muss in dieser schwierigen Zeit eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Gerade Nachverdichtung in innerstädtischen Lagen wird in der Regel ausschließlich von der privaten Immobilienwirtschaft – mit privatem Kapital und auf eigenes Risiko – getragen. Neubauten und Sanierungen schaffen nicht nur mehr Lebensraum, sie leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur Schonung der Umwelt aufgrund des Einsatzes neuer, ökologisch nachhaltiger Technologien.

Da ist kein Platz mehr, die Wirtschaft schlecht aussehen zu lassen. Wo bleibt



Hans Jörg Ulreich
ist Berufsgruppen-
sprecher der
österreichischen
Bauträger.

der Schulterchluss? Wie kann man zulassen, dass seriöse Investoren, Arbeitsplatz- und Lebensraumbauer, für politisches Kleingeld ständig ins schlechte Licht gerückt werden als rücksichtslose Gewinnmaximierer?

Es ist wirklich genug! Es braucht einen sofortigen Schlussstrich und klare Neuregelungen. Wir Unternehmer können uns diese Diskussionsformen und eine solche Handhabe nicht leisten und unser Land schon gar nicht. Eines ist jedenfalls klar: Es wird ein mieses Geschäft gemacht im Bereich von Stadt- und Raumplanung. Von all jenen Parteien, die auf Stimmengewinn und nicht auf Vernunft setzen. Sie vergessen dabei nur, dass damit auf Dauer jeder Einzelne von uns unausweichlich verliert. ■

Ihr Hans Jörg Ulreich